

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei: Der „III. Weg“ in Brandenburg

Die Partei „Der Dritte Weg“ (IIIW) wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet.¹ Die Gründungsmitglieder waren zuvor teils Funktionäre der NPD gewesen, teils stammten sie aus den sog. „Freien Kräften“, also rechtsextremen Kreisen, die bewusst organisatorische Formen vermeiden. Vorausgegangen waren langjährige Konflikte zwischen einer eher völkischen und einer eher subkulturellen Richtung innerhalb der rheinlandpfälzischen NPD. Die Gründungsmitglieder der neuen Partei gehörten dem unterlegenen völkischen Flügel an.

Zu der neu gegründeten Partei stießen im Spätjahr 2013 Angehörige des v. a. in Bayern agierenden „Freien Netz Süd“ (FNS), die sich nach einer Razzia im Juli 2013 auf das absehbar gewordene Verbot ihrer Vereinigung einzustellen begannen. Auf diese Weise kam es zur Einrichtung von sechs „Stützpunkten“ des IIIW in Bayern. Das FNS wurde am 23. Juli 2014 verboten; einige der maßgeblichen Aktivisten waren zu diesem Zeitpunkt bereits beim IIIW eingestiegen. Von der Organisationsform als Partei verspricht man sich einen höheren Schutz vor staatlichen Sanktionen: Ein Parteienverbot kann nur vom Bundesverfassungsgericht und nur auf Antrag der Bundesregierung, des Bundestages oder des Bundesrates ausgesprochen werden, während andere Organisationen von den Innenministern der Länder bzw. vom Bundesinnenminister verboten werden können.

Mit der Teilnahme an Wahlen versucht der IIIW den beanspruchten Status als Partei zu stützen. Bei der Wahl zum Kreistag im Landkreis Bad-Dürkheim

* Alexander Lingk war 2015 als Praktikant am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin beschäftigt. Stand der Darstellung: 31.1.2016. Soweit nicht anders angegeben, wurden die zitierten Internet-Adressen zu diesem Termin letztmalig aufgerufen. Zitate folgen in der Schreibweise dem jeweiligen Original.

¹ Vgl. Wißmann, Alex: Brandgefährlich. Die Partei der III. Weg in RLP, NRW und Hessen, in: Lotta 2015, Nr. 60, S.22-24; Andreasch, Robert: Der „dritte Weg“ als Ausweg, in: Der Rechte Rand 2014, Nr. 146, S.6; Hartl, Johannes: „Der III. Weg“. Ein Produkt der Krise des „Nationalen Widerstandes“? in: Antifaschistisches Infoblatt (AIB), 2015, H. 3, S.16-19; Gallus, Alexander: Dokumentation 2014: Im Schutzmantel der Partei. „Der Dritte Weg“ verläuft ganz weit rechts, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 27 (2015), S.132-136; Nowak, Jan: Kaderorganisation mit Parteienprivileg, in: Der Rechte Rand 27 (2016), Nr. 158, S.10-12.

(Rheinland-Pfalz) am 25. Mai 2014 kandidierte Klaus Armstroff, der Parteivorsitzende. Er erzielte kein Mandat. Bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt trat der IIIW lediglich in Rheinland-Pfalz an und hat hier eine Landesliste vorgelegt; Wahlkreiskandidaten wurden nicht benannt.²

Die Satzung des IIIW sieht in § 9 die Gründung von vier Gebietsverbänden mit den Bezeichnungen „Süd“ (Bayern und Baden-Württemberg), „West“ (Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen), „Nord“ (Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) und „Mitte“ (Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) vor. Ausweislich der ausdrücklichen Erwähnung auf der eigenen Internetpräsenz scheinen derzeit lediglich die Gebietsverbände Süd und Mitte zu existieren.³

Während in der Satzung in § 10 der Kreisverband als kleinste selbständige organisatorische Einheit der Partei eingeführt wird, werden auf der Website nur sog. „Stützpunkte“ erwähnt. Im Januar 2016 existieren bundesweit 20 dieser lokalen Einheiten.⁴ Dies lässt darauf schließen, dass die öffentlich genannte und relativ geringe Zahl von 200 Mitgliedern von der Größenordnung her plausibel ist.⁵ § 5 der Satzung sieht vor, dass dort, wo Kreisverbände erst aufzubauen sind, „Stützpunktleiter ernannt werden“. Die Existenz von Stützpunkten ist insofern auch ein Hinweis auf die Mitgliederschwäche der Partei.

Hinsichtlich der Parteimitgliedschaft unterscheidet man zwischen einer sogenannten „Fördermitgliedschaft“ und einer „Vollmitgliedschaft“: Anwärter auf eine Vollmitgliedschaft und Mitglieder, die keine aktive Mitgliedschaft wollen, haben den Status der Fördermitgliedschaft; alle anderen sind Vollmitglieder.⁶ Deutlich wird der Versuch, eine Kernmitgliedschaft mit erhöhten Aktivitätsansprüchen von den bloßen Sympathisanten zu unterscheiden.

² Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (Hg.): Die Wahl zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016, Bad Ems 2016; http://www.wahlen.rlp.de/ltw/kurz/zugvor/LW2016_Auswertung_der_Wahlvorschlaege.pdf. Auf der Website des IIIW war das Formblatt eingestellt, mit dem eine Unterstützungsunterschrift für die Landesliste an den Landeswahlleiter abzugeben war (28.1.2016).

³ Vgl. Bayerischer Landtag, Drs. 17/ 5308, S. 7 (12.2.2015), (Antwort der Staatsregierung auf eine Parlamentarier-Anfrage); Satzung abrufbar: www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html.

⁴ Vgl. Website IIIW www.der-dritte-weg.info/index.php (23.1.2016).

⁵ Vgl. ARD-Magazin „Report Mainz“: vom 4.8.2015, www.youtube.com/watch?v=Zuyf-xuaSCLI.

⁶ Website IIIW mit Bericht über den Bundesparteitag am 27.9.2014: www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4713/akat/1/infotext/III._Weg_Gesamtparteitag_im_gruenen_Herzen_Deutschlands/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html.

Will der IIIW den beanspruchten Parteistatus nicht gefährden, muss die Gruppierung an Wahlen teilnehmen und sich auch den Regelungen des Parteiengesetzes unterwerfen. Der IIIW versteht sich darüber hinaus als eine „ganzheitliche politische Bewegung“: Neben dem „Politischen Kampf“, „dem Kampf auf der Straße und um die Parlamente“ formuliert die Partei zwei weitere Schwerpunkte: Man versuche, „verstärkt eigenes Kulturgut zu schaffen bzw. wieder aufleben zu lassen und [...] sich verstärkt von einem reinen Konsumentendasein los(zu)sagen. Kultur- und Ahnenfeiern wie zum Beispiel die Sonnenwendfeiern oder auch Heldengedenken gehören zum festen Bestandteil eines jeden Stützpunktes im Jahreslauf. Außerdem wird dem Gemeinschaftsgefühl sowie der Kameradschaft an der Basis eine hohe Bedeutung zugemessen. Diese wird immer wieder durch Ausflüge, auf Fahrt und Lager, bei Wanderungen oder bei Sport und Spiel gefestigt“.⁷

Ideologische Ausrichtung

Im Allgemeinen bezeichnet das Wort „Dritter Weg“ eine Mitte zwischen zwei gegensätzlichen Positionen.⁸ Um was es sich dabei jeweils handelt, ist vom Zusammenhang abhängig. Häufig wurde das Wort im wirtschaftswissenschaftlichen Kontext gebraucht. Prominent verwendet wurde „Dritter Weg“ auch von denjenigen politischen Strömungen und Organisationen, die nach 1949 den Regierungskurs in Westdeutschland kritisch betrachteten und für einen „Nationalneutralismus“ optierten. Sie wollten mit unterschiedlichen Akzentsetzungen ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der beiden weltpolitisch maßgebenden Blöcke erreichen. Diese außen- und sicherheitspolitische Bedeutung spielt beim IIIW keine große Rolle; hier steht das Postulat eines ideologisch-politischen Wegs zwischen Kapitalismus und Kommunismus im Zentrum.

Basis der Ideenwelt der Partei ist eine völkische Weltanschauung, für die das eigene Volk und nicht die einzelnen individuellen Personen die entscheidende Bezugsgröße darstellt. Nicht die Würde des einzelnen Menschen steht an erster Stelle, sondern das Volk als eine Art von „Übersubjekt“. Dieses or-

⁷ Vgl. Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5702/anzeigemonat/09/anzeigjahr/2015/infotext/Tag_der_Gemeinschaft_2015_Bismarcks_Erbe_unser_Auftrag/akat/1/such_0/Parteitag/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html.

⁸ Vgl. zum Folgenden Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West, 1945 bis 1990, Düsseldorf 2001, S.13-33; Gallus, Alexander/ Jesse, Eckhard: Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2001, H. 16/ 17, S.6-15.

ganische Volksdenken reicht bis in die Romantik zurück und lässt sich dreifach bestimmen: (1) Die elementaren Einheiten des Geschichtsprozesses sind Völker, nicht Personen. Einzelne Individuen haben nur als Angehörige ihres jeweiligen Volkes eine historische Dignität. Eine „Kette der Generationen“ verbindet die Späteren mit den Früheren. (2) Das einzelne Volk wird als eine organische Einheit und Ganzheit gedacht, es ist mehr als die Summe seiner Angehörigen. Völker unterscheiden sich in ihrem „Volksgeist“ oder ihrer Wesensart unaufhebbar. (3) Regierungspolitik hat als höchsten Maßstab ihrer Handlungen die Selbstbehauptung des eigenen Volkes und die Entfaltung seiner Eigenart, seines Volkscharakters. Vermischungen mit anderen Völkern stellen in dieser Perspektive eine Wesensbedrohung dar. Moralisch gilt diese Maxime der Wesenserhaltung und Wesenssteigerung auch für die einzelnen Personen. Volkszugehörigkeit ist nicht lediglich ein Faktum, sondern ein Auftrag.⁹

Politische Programmatik

Ein knapp gehaltenes „Zehn-Punkte-Programm“ gibt Auskunft über die politische Programmatik der Partei.¹⁰ Der Parteiname erklärt sich aus der Absicht, einen „deutschen Sozialismus“ zu schaffen, der „fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“ angesiedelt wird (Pkt. 1). Sie stellt sich damit in die Tradition der politischen Strömungen, die auf Basis einer Betonung des deutschen Nationalstaats und Nationalismus einen eigenen Weg zwischen den beiden gesellschaftspolitischen Grundmodellen gesucht haben, wie sie von den USA und der SU im 20. Jahrhundert repräsentiert wurden.

Zu den kapitalismuskritischen Forderungen gehören „die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe. Zur Wiederherstellung der Selbstversorgung Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft von Einzel- und Familienbetrieben sowie Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern“ (Pkt. 2). Vermutlich werden diese knappen, deklaratorischen Bemerkungen zur „Verstaatlichung“ als Grundlage des „na-

⁹ Vgl. Kohlstruck, Michael: Rechtsextreme Selbstviktimsierung. Das deutsche Volk als konstitutionelles Opfer, in: Killguss, Hans-Peter/ Langebach, Martin (Hg.): „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln 2016, S. 80-91.

¹⁰ Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html (5.1.2016).

tionalrevolutionären“ Selbstverständnisses verstanden.¹¹ Hinter den Ideen einer solchen „raumgebundenen Volkswirtschaft“ steht die Vorstellung einer nationalen Wirtschaftsautarkie. Sie korrespondiert mit der Vorstellung, dass es ein kulturelles Eigenprofil auf nationalstaatlicher Ebene geben könne, das das Ergebnis zielgerichteter Politik sei. Die vielfältigen Handelsbeziehungen über Staatsgrenzen hinweg müssten auf dem Weg zu diesem Ziel erheblich eingeschränkt werden. Die romantische Vorstellung einer zeitstabilen völkischen Identität wird damit um die agrarromantische Idee der Versorgungsunabhängigkeit ergänzt.

Die völkische Ideologie wird identitätspolitisch in weiteren Einzelpunkten konkretisiert: Dem demographischen Problem einer Verringerung und einer Alterung der Bevölkerung in Deutschland, das in der Sprache des IIIW simplifizierend und polemisch als „drohender Volkstod“ bezeichnet wird, soll durch eine Förderung von Kinderreichtum entgegengewirkt werden (Pkt. 4). Ähnlich wie in Pkt. 7 geht es dabei um „die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“; damit sind ausschließlich Deutsche i.S. von Abstammungsdeutschen gemeint. Wie aus Sicht des IIIW mit den Teilen der Bevölkerung zu verfahren ist, die keine deutschen Eltern haben, geht aus Pkt. 4 hervor: Im Interesse der Erhaltung einer „nationalen Identität des deutschen Volkes“, wie oben gezeigt das höchste Ziel einer völkischen Politik, soll „die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch“ umgehend gestoppt werden. Da die Erhaltung der völkischen Substanz höchste Priorität hat, wird man die folgende Forderung lediglich als Eingangsstufe einer systematischen Deportationspolitik zu begreifen haben: „Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen“ (Pkt. 4). Die Forderungen nach „Sozialer Gerechtigkeit“ werden ebenfalls nur „für alle Deutschen“ erhoben (Pkt. 6). Hier findet sich die Forderung nach „Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes“ – auch ein Jahr, nachdem ein entsprechendes Gesetz verabschiedet worden ist.¹²

Der völkische Grundton ist auch dort zu vernehmen, wo „der Austritt Deutschlands aus der NATO“ gefordert wird. Die Begründung hierfür ist nicht etwa der Versuch einer Reduzierung von militärischen Konflikten zugunsten nachhaltiger Friedenssicherungen, sondern der nationalistische Biologismus: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“ (Pkt. 8).

¹¹ Vgl. Youtube-Kanal www.youtube.com/channel/UCNsSlabgO9yAmufn2JLfWBw/about.

¹² Das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz (MiLoG)) wurde vom Deutschen Bundestag am 11.8.2014 beschlossen. Der Mindestlohn in Höhe von 8,50 € ist seit 1.1.2015 zu zahlen. Vgl. www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/milog/gesamt.pdf.

Die Forderung nach einer „Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte“ (Pkt. 5) spricht sich gegen „die zunehmende Überwachung und Einschränkung der Bürger im privaten wie im öffentlichen Raum“ aus. „Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuchs und Bespitzelungsbefugnisse des Staates“ sind dem IIIW ein Dorn im Auge. Diese Forderungen stehen im Gegensatz zu den anderen Programmzielen eines starken, wirtschaftsplanenden, rigoros strafenden und bevölkerungspolitisch steuernden Staates. In ihnen kommt die Abwehr gegen die Instrumente zum Ausdruck, mit denen die wehrhafte Demokratie Angriffe auf die politisch-rechtliche Ordnung beobachtet und ahndet. Sie sind nicht Ausdruck eines grundsätzlichen Liberalismus, sondern gehören zu dem Opfernarrativ, wie es für das Selbstverständnis völkischer Gruppierungen im demokratischen Rechtsstaat typisch ist: Die vermeintlich „aufrechten Deutschen“ werden vom „System“ verfolgt.

Die Forderung nach einer „friedliche(n) Wiederherstellung Gesamtdeutschlands“ in seinen Grenzen aus der zweiten Hälfte des 19. oder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Pkt. 10: „Deutschland ist größer als die BRD“) gehört gleichfalls zur völkischen Selbstviktimisierung: Deutschland wird als Opfer seiner Feinde oder gar als „Opfer der Geschichte“ betrachtet; die geschichts-revisionistischen Ansprüche werden als legitimes Recht auf Wiederherstellung von historischer Gerechtigkeit dargestellt.



Anhänger des IIIW am 18. April 2015 in Brandenburg a.d.H.

Politische Ikonographie, Semantik und Stil

In seiner Selbstdarstellung verwendet der IIIW Zeichen und Symbole, die sich deutlich von den Signets anderer Parteien unterscheiden.¹³ Deren Logos bestehen in der Hauptsache aus Buchstaben in betont modernen Typographien, Signalfarben und geometrischen Figuren. Bildhafte Elemente weisen lediglich das Signet der CSU mit dem bayerischen Löwen, einer blauen Raute und einem grünen Bogen sowie die stilisierte blühende Sonnenblume der Grünen auf. Anders beim IIIW: Im Zentrum seiner Symbolik steht das römische Zeichen für die Zahl Drei, ergänzt durch einen Punkt, der die Kardinalzahl zu einer Ordinalzahl macht. Das Zahlzeichen ist vertikal überdehnt, so dass man darin auch drei antike Säulen sehen kann. In diese Richtung weisen die Selbstdeutungen, die ein „Drei-Säulen-Konzept“ beschreiben: politischer Kampf, kultureller Kampf und Kampf um die Gemeinschaft.¹⁴

Das Symbol der Partei ist die römische Drei in einer Eichenlaubkrone; Darstellungen dieser Krone finden sich von der Antike über Hitlers neue Reichskanzlei bis hin zur Werbung für einen islamfeindlichen Kongress unter der Forderung „Reconquista Europa“ im Oktober 2015.¹⁵ Mit der Eichenlaubkrone werden von alters her herausragende Heldentaten in kriegerischen Auseinandersetzungen gewürdigt. Eichenlaub gilt als Sinnbild für Standhaftigkeit, Treue und Heldenhaftigkeit. Zugleich wird es seit dem 18. Jahrhundert auch als Element der deutschen Nationalsymbolik verwendet.¹⁶ Damit werden zwei Referenzebenen eröffnet: Das antikisierende Zahlzeichen verweist auf die Autorität geschichtlicher Größe, die Eichenlaubkrone markiert den nationalistisch-völkischen Bezug. Geschichtliche Monumentalität und der deutsche Nationalismus werden in diesem Symbol repräsentiert.

¹³ Ein eigener „Materialvertrieb“ nimmt Bestellungen von Ansteckern, Flaggen und dgl. mehr entgegen.

¹⁴ Mit diesem Drei-Säulen-Konzept setzt sich der IIIW vom älteren Drei- bzw. Vier-Säulen-Konzept der NPD ab. Dieses bestand aus der „Schlacht um die Köpfe, der Schlacht um die Straße, der Schlacht um die Wähler und der Schlacht um den organisierten Willen“. Das Vier-Säulen-Konzept wurde auf dem NPD-Bundesparteitag im Oktober 2004 vorgestellt. Vgl. dazu „Deutsche Stimme“ 29 (2004), Nr. 11, S. 12. Dazu: Bergsdorf, Harald: Die Vier-Säulen-Strategie der neuen NPD, in: Deutschland-Archiv 41 (2008), H. 1, S. 14-19.

¹⁵ Vgl. zur „Corona Civica“: Schönberger, Angela: Die Neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur, Berlin 1981, S. 90f.; Kongress-Werbung in: Deutsche Stimme 39 (2015), H. 10, S. 15.

¹⁶ Vgl. Wagner, Monika: Germania, in: Fleckner, Uwe/ Warnke, Martin/ Ziegler, Hendrik (Hg.): Politische Ikonographie. Ein Handbuch, München 2014, Bd. 1, S. 408-412. Durch Gemälde und Gedichte erfuhr das Eichenlaub v.a. in den Jahren der sog. Befreiungskriege eine erhebliche Popularisierung.

Ein anderes Parteisymbol, das 14-zählige Zahnrad mit mittig angeordnetem gekreuztem Hammer und Schwert, ist gleichfalls besonders interpretationswürdig. Um die Mittelscheibe sind in der oberen Hälfte in Großbuchstaben die Worte „national – revolutionär – sozialistisch“ angeordnet, in der unteren Hälfte „www.DER-DRITTE-WEG.info“, also die Adresse der Partei im Internet.

Die Verwendung der gekreuzten Kombination von Hammer und Schwert ist seit 1918 in Deutschland sowohl für Gruppierungen der Linken wie der Rechten nachgewiesen.¹⁷ Interpretieren lässt sich das Zeichen als ein Bündnis von Arbeiterschaft und Armee oder allgemeiner auch als Vision einer wehrhaften Volksgemeinschaft. Zeichen mit gekreuztem Hammer und Schwert wurden in den 1920er und 1930 Jahren in der völkischen Jugend verwendet, bei der Hitler-Jugend¹⁸ und bei dem Flügel der NSDAP, der sich egalitär und nationalrevolutionär verstanden hatte. Dafür standen die Brüder Gregor und Otto Straßer. Das Symbol ihres „Kampf-Verlag“ war die gekreuzte Kombination von Hammer und Schwert, bei manchen Publikationen in einem geschlossenen Ring, bei anderen freistehend.¹⁹ Dieses Zeichen des IIIW bedient sich damit einmal im Fundus der nationalrevolutionären Strömung, die sich ab 1930 in Opposition zur Hitler-Strömung in der NSDAP setzte. Mit dem Zahnkranz bzw. dem Zahnrad schließt man jedoch auch an die Symbolik einer NS-Organisation an: Ein 14-zähliges schwarzes Rad auf rotem Grund mit schwarzem Hakenkreuz auf weißer Mittelscheibe war das Zeichen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) im nationalsozialistischen Deutschland. Das Zahnrad repräsentiert die Produktivität der Industrie und versinnbildlicht einen Glauben an den technischen Fortschritt. Dieses Zeichen darf heute – als Symbol einer verbotenen NS-Organisation – nicht öffentlich gezeigt werden.

Die Verbindung von Zahnrad und Hammer/ Schwert ist ein relativ junges Phänomen, das erstmals in den 1980er in rechtsextremen Szenen der alten

¹⁷ Vgl. Weißmann, Karlheinz: Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991, S. 107-110, Tafel XXX. Die unterschiedlichen Anordnungen des Werkzeugs und der Waffe bleiben hier unberücksichtigt.

¹⁸ Vgl. Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation (2. Aufl.), Köln 1982, S. 37.

¹⁹ Die Anordnungen von Hammerkopf und Schwertgriff sind uneinheitlich. Vgl. Georg Straßer: Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines National-Sozialisten. Teil II: Kampf (2. Aufl.), Berlin, Lehnitz 1928, S. 1; Nationalsozialistische Briefe, hg. v. Gregor Straßer, 5 (1929) H. 8, Faksimile bei: März, Markus: Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Straßer-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925-1930, Graz 2010, Abb. 25 und 32, Dokument II, S. 621; Paetel, Karl O.: Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland. Geschichte, Ideologie, Personen (1918-1933) (1965), Schnellbach 1999, Bildtafel 25.

Bundesrepublik aufkam.²⁰ Es wurde sowohl von verschiedenen sog. „Freien Kameradschaften“, also parteiunabhängigen rechtsextremen Gruppierungen verwendet wie auch von Organisationen, die sich selbst als Partei verstanden. Ein 18-zähniges schwarzes Zahnrad auf rotem Grund mit schwarzer Schrift „FAP“ auf weißem Mittelfeld war das Zeichen der 1995 verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP).²¹

Das Zahnrad-Zeichen des IIIW weist somit verschiedene historische Referenzebenen auf: Neben der NS-Bewegung vor 1933 und dem NS-Regime 1933-1945 ist dies die rechtsextreme Bewegung seit Mitte der 1980er Jahre. Interpretieren lässt sich das heutige Symbol als Ausdruck einer bewussten Entscheidung für die nationalsozialistische Tradition in ihren historischen („Straßer-Bewegung“) und zeitgenössischen Varianten („Freie Kameradschaften“).

Mit dem Anknüpfen an die „Schwarze Front“ Otto Straßers ist es möglich, eine Differenz zwischen der vermeintlich guten Idee eines nationalen Sozialismus und ihrer schlechten Verwirklichung durch das nationalsozialistische Regime zu entwerfen. Otto Straßer und andere „linke Leute von rechts“ repräsentieren in dieser Perspektive „die gute Idee“, an die heutige Rechtsextreme affirmativ anschließen. Die Schwarze Front wurde bereits Anfang Februar 1933 von den neuen Machthabern verboten und Otto Straßer flüchtete ins Ausland. Sein Bruder Gregor wurde am 30. Juni 1934 bei der Ausschaltung der SA ermordet.²² Wichtiger als die Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen des nationalen Sozialismus sind ihre Gemeinsamkeiten. Die Straßer-Brüder sind lediglich ein Beispiel dafür, dass auch völkische Nationalisten zu den Opfern Hitlers zählten: Otto Straßer hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass seine Konzeption von Sozialismus eine Kampfansage an den Liberalismus und Individualismus ist, wie sie in Europa mit der Französischen Revolution wirkungsmächtig geworden sind. Straßers Sozialismus lebt von der Gewalt des Kollektivs, dem sich die Individuen unter allen Umständen unterzuordnen haben.²³ „Sozialismus“ im Sinne Otto Straßers ist nicht ein Gegen-

²⁰ Vgl. u. a. Agentur für soziale Perspektiven (ASP) (Hg.): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen (12. Aufl.), Berlin 2011, S. 4, 6, 10.

²¹ Vgl. Fahr, Margitta-Sybille: „Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!“ Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt, Potsdam 2002 (Mobiles Beratungsteam Tolerantes Brandenburg, MBT), S. 61 f.

²² Vgl. Kohlstruck, Michael: Gerettete Idole? Albert Speer, Gregor und Otto Straßer, Rudolf Heß, in: Wolfgang Benz/ Peter Reif-Spirek (Hg.): Geschichtsmymthen. Legenden über den Nationalsozialismus, Berlin 2003, S. 87-114.

²³ Vgl. Otto Straßer: Vorwort zu Richard Schapke, Die schwarze Front. Von den Zielen und Aufgaben und vom Kampf der Deutschen Revolution, Leipzig 1932, S. 5-7.

begriff zu „Nationalismus“, sondern zu „Individualismus“. Individualismus in der Wirtschaft bedeute Kapitalismus, in der Staatsordnung Liberalismus und in der Kultur Materialismus. Dem setzten die „Revolutionären Nationalsozialisten“ drei Positionen entgegen: in der Wirtschaft Sozialismus im engeren Sinne, im staatlichen Leben Nationalismus und auf dem Gebiet der Kultur Idealismus.²⁴

Neben der Interpretation der politischen Ikonographie verweist auch die Semantik des IIIW auf die 1930er und 1940er Jahre: Der IIIW bezeichnet die Formationen der untersten Organisationsebene – wie oben gezeigt – als „Stützpunkte“. Bei anderen Parteien heißen diese Einheiten Ortsverein oder -verband. Semantisch imaginiert IIIW damit eine kriegerische Situation. Ein Stützpunkt ist ein befestigtes Lager, aus dem heraus Angriffe in das Umland erfolgen. Während der Stützpunkt selbst fest in der eigenen Hand ist, wird das angrenzende Terrain noch vom Feind kontrolliert.

Faktisch verwendet der IIIW mit „Stützpunkt“ die gleiche Bezeichnung wie die NSDAP während ihrer sog. „Kampfzeit“ und der Regimezeit bis 1938. In der Hierarchie der Parteigliederungen rangierte der „Stützpunkt“ oberhalb von „Block“ und „Zelle“ auf der gleichen Ebene wie die „Ortsgruppe“. Während eine Einteilung in Ortsgruppen eher in Städten und Gebieten mit einem hohen Anteil von NSDAP-Mitgliedern üblich war, dominierte auf dem Lande und in Regionen mit einem geringen Organisationsgrad der Stützpunkt. Nach einer entsprechenden Anweisung des Reichsorganisationsleiters vom Mai 1938 wurden die Stützpunkte in Ortsgruppen überführt und die Bezeichnung verschwand künftig aus dem NSDAP-Organisationsdiagramm.²⁵ Nicht nur in der Benennung, auch im Merkmal der geringen Mitgliederzahl verwendet der IIIW „Stützpunkt“ in gleicher Weise.

Zu der propagierten nationalrevolutionären Orientierung gehört auch der antibürgerliche Affekt des IIIW. Man möchte mit Volksnähe überzeugen. „Wir sind nicht bürgerlich, sondern volksnah. Und das wollen wir auch auf die Straße tragen. Dies wollen wir unserem Volk auch zeigen.“²⁶ In der Rede von Maik Eminger bei einer Demonstration am 1. Mai 2015 in Saalfeld (Thüringen) wird konkretisiert, was mit „revolutionär“ gemeint ist: „Jahrzehnte lang

²⁴ Vgl. Gossweiler, Kurt: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus. Berlin 1994, S. 67.

²⁵ Vgl. Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.): Organisationsbuch der NSDAP (3. Aufl.), München 1937, S. 127-129 und 1938 (5. Aufl.), S. 129-129; Tyrell, Albrecht: „Führer befiehlt ...“. Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 245-247, 353.

²⁶ Website IIIW. Bericht über zwei Aufzüge am 18.4.2015. http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5251/akat/1/infotext/Kundgebungen_und_Stuetzpunktgruendung_in_Brandenburg/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (5.1.2016).

hat das Bürgerliche in uns zugelassen, dass Millionen Fremde in unser Land eindringen konnten. Dadurch stehen wir heute am Rande unserer Existenz. Deshalb wollen wir nicht mehr bürgerlich sein, sondern radikal in unseren Forderungen und revolutionär im Handeln. Wir müssen alles Bürgerliche abschütteln, müssen es überwinden. Alle bürgerlichen Grenzen sprengen, um uns als ein geeintes Volk eine Zukunft zu erkämpfen.“²⁷

Imaginiert wird in dieser Rede eine Notwehr-Situation, eine Situation also, in der die üblichen („bürgerlichen“) Regeln außer Kraft gesetzt sind. Im Kampf gegen die „fremden Eindringlinge“ erhebt das deutsche Volk neu – nun als völkische Einheit. Die Forderung, „alles Bürgerliche abzuschütteln“ ist für den IIIW gleichbedeutend mit einer Absage an die Ordnung des Rechtsstaates und an zivile Umgangsformen; das ausstehende Handeln ist ein gewaltförmiges, eben revolutionäres Agieren. In diesem Kampf sollen die Unterschiede und Gegensätze, die charakteristisch für die plurale Gesellschaft sind, zugunsten eines in sich homogenen, organisch verstandenen Volkes aufgehoben werden.

Aktivitäten

Soweit die Aktivitäten des IIIW öffentlich bekannt sind, lassen sie sich in vier Kategorien einteilen. (1) Die parteiinternen Zusammenkünfte (Parteitage, Stützpunkt-Gründungen etc.) sind teilweise gesetzlich vorgeschrieben und dienen dem inneren Zusammenhalt. Teils sind sie im Begleitprogramm mit der Pflege von Geselligkeit und Brauchtum verbunden und beziehen Familienangehörige mit ein. (2) Mit der Beteiligung an Wahlen hält der IIIW den Anspruch auf den Parteistatus aufrecht. (3) Bei Kundgebungen und Demonstrationen stellt sich der IIIW öffentlich dar und wirbt für seine Positionen. Auch das Verteilen von Flugblättern und weiteren Werbematerialien dient diesem Zweck. Im Unterschied zu vielen anderen rechtsextremen Organisationen verteilt der IIIW Flugblätter mit weitgehend identischem Text bei verschiedenen Gelegenheiten und in unterschiedlichen Orten. (4) Der IIIW nutzt in starkem Maße das Internet für Publikationen und Selbstdarstellungen. Aus der Sicht der Akteure haben diese den strukturellen Vorteil eines günstigen Verhältnisses von Aufwand und Wirkung: Mit relativ leicht zugänglichen technischen Mitteln und einem geringen finanziellen Budget lassen sich Websites anlegen und Texte oder Videos einstellen. Die Beiträge sind

²⁷ Website IIIW. http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/5335/akat/1/infotext/Redebeitrag_von_Maik_Eminger_am_Arbeiterkampftag_in_Saalfeld/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (5.1.2016).

anschließend dauerhaft verfügbar, ohne dass es dazu eines kontinuierlichen Arbeitsaufwandes bedürfte. Rückschlüsse von Zahl und Umfang der Beiträge auf die Zahl der Mitarbeiter sind nicht möglich.

Internetpublikationen

Abrufbar sind über die Website des IIIW derzeit rd. 35 Videos. Das älteste Video vom 4. November 2013 zeigt eine nächtliche Versammlung, bei der zweier getöteter Mitglieder der rechtsextremen griechischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) gedacht wird. Das nächste Video vom 7. November 2013 bezieht sich auf den sogenannten Heldengedenktag 2013; der Parteivorsitzende ruft zur Teilnahme an Veranstaltungen in Remagen und Wunsiedel auf. Weitere Videos setzen Aktivitäten des IIIW in Szene.²⁸

Auf der Website des IIIW sind drei Textpublikationen abrufbar. Mit der Auswahl ihrer Themen dokumentiert die Partei, welche Politikfelder ihr besonders wichtig sind. Die Titel der Broschüren: „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft. Stand 08/ 2015“ (23 Seiten).²⁹ Das zweite Heft: „Leitfaden zum richtigen Umgang mit staatlichen Anquatschversuchen“ (9 Seiten). Und schließlich: „Achtung, Meinungsparagrafen! (Stand: 11/ 2015)“ (34 Seiten). Lediglich Flüchtlingsunterkünfte sind ein Thema, das in der Bevölkerung auf Interesse stoßen kann. Die beiden anderen Ausarbeitungen betreffen nur die Rechtsextremen selbst, die sich als Opfer von Nachrichtendiensten und einer ungerechten Gesetzgebung bzw. Strafverfolgung sehen. Bereits die Titelliste lässt erkennen, wie selbstbezogen diese Gruppierung operiert.

Feindbildproduktionen

Zu den festen Voraussetzungen des IIIW gehört die Behauptung, Flüchtlingsunterkünfte seien als solche eine starke Beeinträchtigung der Nachbarschaft. Die Broschüre gegen „Asylantenheime“ setzt fälschlicherweise als gegeben voraus, dass es „im Umkreis der Asylantenheime“ zu einer „erhöhten Lärmbelästigung“ und zu einer „zunehmenden Vermüllung“ komme. Ebenso wird pauschal ein „Anstieg der Kriminalität in den Ortschaften“ unterstellt, „in denen Asylanten untergebracht sind“ (S. 6). Auf Basis dieser pauschalen Ab-

²⁸ Die Aktivitäten des IIIW in den digitalen Kommunikationsnetzen wurden nicht ausgewertet.

²⁹ Hinsichtlich der aufgeführten Gerichtsentscheidungen ist der Bearbeitungsstand nicht wie angegeben August 2015, sondern Dezember 2014 (S. 22 f.).

lehnung werden den Lesern organisatorische und juristische Hinweise zur Gründung von Bürgerinitiativen gegeben und dargestellt, wie eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit auszurichten sei.

Die Broschüre enthält einige Informationen zum Asylverfahren und zur Genfer Flüchtlingskonvention. Die Darstellung ist allerdings teilweise sachlich unzutreffend. So wird etwa das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU unterschlagen, so dass der Text auch Unionsbürger zu den Asylbewerbern zählt (S. 4). Die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen wird auf diese Weise mit der Flüchtlingsmigration vermischt. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Einzelwohnungen (anstelle von Sammelunterkünften) wird diskreditiert und polemisch als „luxuriös dezentral“ bewertet (S. 5). Die Botschaft der Broschüre ist die pauschale Ablehnung von Flüchtlingen und anderer Zuwanderern. Sie geht unmittelbar auf die völkische Ideologie und die politische Programmatik des IIIW zurück.

Die pauschale Ablehnung von Flüchtlingen ist auch die Botschaft einer interaktiven Deutschland-Karte auf der Website des IIIW. Auf dieser Karte sind die Standorte von Flüchtlingsunterkünften markiert und teilweise mit Adresenangaben oder der Zahl der Bewohner ergänzt. Die Überschrift verdeutlicht, mit welcher Absicht diese Karte angelegt wurde: „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“ und „Bitte melden Sie geplante oder schon erbaute Asylantenheime aus Ihrer Region an folgende Adresse“.³⁰ Über diese Karte wurde im Juli 2015 in den Medien kritisch berichtet; sie ist nach wie vor abrufbar.

Die mit dieser Karte verbundene Botschaft einer radikalen Ablehnung von Flüchtlingen scheint in einigen Fällen auch praktische Folgen gezeitigt zu haben. Das ARD-Magazin „Report Mainz“ hatte Anfang August 2015 gemeldet, in einigen Fällen von Brandstiftungen auf Gebäude, die als Flüchtlingsunterkünfte vorgesehen waren, bestehe der Verdacht einer Beteiligung des IIIW. Konkret wurden dazu Limburgerhof (Rhein-Pfalz-Kreis, Rheinland-Pfalz) und Reichertshofen (Landkreis Pfaffenhofen, Bayern) gerechnet.³¹ Zudem werden auf den Internetseiten des IIIW Brandstiftungen gebilligt, die vorgesehene Flüchtlingsunterkünfte beschädigen.³²

³⁰ Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/5598/Kein_Asylantenheim_in_meiner_Nachbarschaft.html/Kein_Asylantenheim_in_meiner_Nachbarschaft.html.

³¹ Blick nach Rechts, 22.9.2015, www.youtube.com/watch?v=ZuyfxuaSCLI.

³² Vgl. tagesschau24 vom 4.8.2015, www.swr.de/report/drahtzieher-des-hasses-wie-der-iii/-/id=233454/did=15854616/nid=233454/1icitk0/index.html; www.swr.de/report/drahtzieher-des-hasses-wie-der-iii/04/-/id=233454/did=15854616/mpdid=15949318/nid=233454/8w6568/index.html.

Ausschließlich an die eigenen Parteimitglieder und Anhänger richtet sich die Broschüre zum Umgang mit „staatlichen Anquatschversuchen“. Die einzige Opposition, „die dem System unangenehm ist und deshalb bekämpft wird“ sei „die nationale Opposition“ (S. 3). Von daher hätten Anhänger des IIIW mit Anwerbeversuchen von Verfassungsschutz und Polizei zu rechnen. Die Broschüre will auf die Möglichkeit solcher Kontakte aufmerksam machen und die potentiell Angesprochenen zu einem abweisenden Verhalten ermutigen. Moralische Appelle an den hohen Wert von Treue und Ehre und politische Verhaltenshinweise dienen diesem Vorhaben. Aufgerufen wird zu einem disziplinierten Kommunikationsverhalten und zur Veröffentlichung erfolgter Anwerbeversuche. Der Umgang mit enttarnten V-Leuten aus der NPD und den sog. „Freien Kräften“ werden als negative Beispiele für einen inkonsequenten Umgang angeführt. Der IIIW fordert demgegenüber einen unnachsichtigen und harten Kurs: „Wer spitzelt, akzeptiert Lüge und Verrat und nimmt sich damit selbst die Ehre. Für ehrlose Lumpen aber ist bei uns kein Platz!“ (S. 8)

Ein letztes Beispiel für die Feindbildproduktion des IIIW ist ein Flugblatt, das über die Startseite abgerufen werden kann. Darin ruft der IIIW zu einem Boykott von Waren aus Israel auf. Ein Link führt außerdem zu einer weiteren Website, auf der sich „eine Liste von kapitalistischen Unternehmen“ findet, „welche die zionistische Raubstaatenpolitik Israels aktiv unterstützen“, so das Flugblatt. In der Begründung des Boykottaufrufs wird Israel als ein illegitimes „zionistisches Gebilde“ und als „widernatürliches Raubstaat-Gebilde“ bezeichnet. Der Boykott richtet sich damit gegen die Staatlichkeit Israels als solche. Die abwertende Terminologie des Flugblatts, die Israel etwa als „das zionistische Geschwür im Nahen Osten“ bezeichnet, dokumentiert, dass es hier um den systematischen Aufbau eines Feindbildes geht, nicht etwa um eine differenzierte politische Bewertung und Parteinahme im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Die Delegitimierung des Staates Israel und die pauschale Bezeichnung der israelischen Politik als „zionistisches Terror-Regime“ operieren auf der moralischen Ebene. In diesem polarisierenden Bild wird Israel auf die Seite des „Bösen“ gestellt, so dass jede Möglichkeit, bei der Betrachtung des Nahostkonflikts auch israelische Perspektiven einzubeziehen, als moralisch verwerflich erscheinen muss. Diejenigen Leser des Flugblatts, die „Israel“ weniger als Ausdruck „des Zionismus“ und mehr als „typisch jüdisch“ verstehen wollen, können in ihrer Interpretation „Israel“ mit „jüdischem Staat“ gleichsetzen. Sowohl der antizionistische Wortlaut des Textes wie eine solche antisemitische Interpretation resultieren in einer pauschalisierenden und homogenisierenden Feinddarstellung.

Entwicklungen in Brandenburg

Im Rückblick auf das Jahr 2014 befand der Verfassungsschutz Brandenburg, dass der IIIW „über keine Strukturen, jedoch über vereinzelte Anhänger“ verfügt.³³ Am Aufbau von „Strukturen“ hat der IIIW seitdem gearbeitet, die Zahl seiner Anhänger ist gleichwohl gering und wird seitens des Brandenburgischen Innenministeriums mit etwa 25 angegeben.³⁴

Ende Januar 2016 existierten in Berlin/ Brandenburg vier „Stützpunkte“.³⁵ Der „Stützpunkt Berlin“ („... umfasst die Stadt Berlin und ihr Umland“), der „Stützpunkt Uckermark“ („ ... umfasst den Landkreis Uckermark und alle Landkreise, die oberhalb [gemeint ist: nördlich, dV] von Berlin liegen“) und der „Stützpunkt Potsdam/ Mittelmark“ („Die Mittelmark ist ein geographischer Begriff, der sich auf das Kerngebiet der Mark Brandenburg bezieht und liegt in der Mitte zwischen den beiden ehemals brandenburgischen Landschaften Altmark und Neumark“).³⁶ Zuletzt wurde am 9. Januar 2016 – so die Selbstdarstellung – der „Stützpunkt Mittelmark/ Havel“ gegründet. Er umfasst die gesamte Havelregion der Mittelmark.³⁷ Gleichfalls am 9. Januar 2016 wurde der „Gebietsverband Mitte“ gegründet, der die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen umfasst. Die Bezeichnung „Mitte“ bezieht sich auf das geschichtsrevisionistische Konzept des IIIW, demzufolge das Gebiet der neuen Bundesländer als „Mitteldeutschland“ und die früheren deutschen Ostgebiete als „Ostdeutschland“ bezeichnet werden. Leiter des Gebietsverbandes ist Matthias Fischer (Brandenburg), stellvertretender Leiter Tony Gentsch (Sachsen).

³³ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, S.50, Internetausgabe www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB_2014_web.pdf (28.1.2016).

³⁴ Antwort der Landesregierung auf eine Parlamentarier-Anfrage, LT-Drs. 6/2487, Ausgabe: 9.9.2015; www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_2200/2239.pdf.

³⁵ Die folgende Darstellung stützt sich u. a. auf die Beobachtungen der regionalen Mobilten Beratungsteams, die im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) arbeiten. Vgl. auch den Beitrag von Nicola Scuteri in diesem Band.

³⁶ Website IIIW www.der-dritte-weg.info/index.php (5.1.2016).

³⁷ Website IIIW www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6067/akat/1/infortext/Stuetzpunkt_Mittelmark_Havel_gegruendet/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (15.1.2016).

Typische Aktivitäten

Das für die Bundesebene dargestellte Spektrum von Aktivitäten lässt sich auch in Brandenburg beobachten: Verteilen von Flugblättern und Aufklebern, Organisation und Teilnahme an Demonstrationen mit den beschriebenen Symbolen des IIIW sowie Redebeiträgen von Anhängern des IIIW. Einige markante Stationen der Entwicklung seien im Folgenden skizziert.³⁸

Am 5. Dezember 2014 berichtet die Website „Gegenrede“, dass in Schwedt fremdenfeindliche Flugblätter der Partei in Briefkästen verteilt worden seien. Auch im Januar und den Folgemonaten 2015 wurden Kleinaufkleber (sog. „Spuckis“) und Flugblätter zu den Themen Flüchtlinge und Europa in Schwedt und Angermünde beobachtet, im Mai 2015 Plakate und Aufkleber in Cottbus. Im Sommer 2015 fielen „Spuckis“ in und vor Schulen in der Uckermark auf.

Am 25. Oktober 2014 fand in Brandenburg a. d. H. eine NPD-Kundgebung statt. Hier nehmen bereits Anhänger der Partei teil, der sächsische Funktionär Rico Döhler trat ebenso als Redner auf wie Maik Eminger als Aktivist der Gefangenenhilfe. Dem Vernehmen nach wurden hier auch „Flugblätter mit lokalem Bezug gegen Asylbewerber“ verteilt und angekündigt, auch „in Brandenburg aktiver zu werden.“³⁹

Am 14. Februar 2015 trat Eminger als einer der Hauptredner bei einer Demonstration des IIIW („Ein Licht für Dresden“) in Wunsiedel auf. Und schließlich meldete er für den 21. Februar 2015 die erste IIIW-Demonstration im brandenburgischen Eisenhüttenstadt an („Ausländerstopp – für die Zukunft deutscher Familien“).

Diese erste öffentliche, im Namen der Partei IIIW durchgeführte Veranstaltung, wurde hauptsächlich vom IIIW beworben. Beteiligt waren NPD- und Freie Kräfte-Anhänger. Pascal Stolle hielt einen Redebeitrag.⁴⁰ „Maik Eminger aus Grabow (Landkreis Potsdam-Mittelmark), Anmelder der Veranstaltung, trat anschließend in den Vordergrund, ordnet die Reihen und dirigierte die Banner- und Fahnenträger, so dass sie die richtige Propagandapose bildeten. Anschließend eröffnet Manuel Schmidt aus Kloster Lehnin (ebenfalls Landkreis Potsdam-Mittelmark) mit einem Einleitungsmonolog die Veranstaltung.

³⁸ Eine Übersicht über Aktivitäten des IIIW in Brandenburg (Stand: 1.8.2015) aus Sicht des Ministeriums des Innern und für Kommunales findet sich in der bereits zitierten Landtagsdrucksache. Vgl. Fußnote 34.

³⁹ Website Gegenrede. Informationsportal gegen Rechtsextremismus, für Demokratie. [http://www.gegenrede.info/index.php?num=3&paths=news/2015/\(20.9.2015\)](http://www.gegenrede.info/index.php?num=3&paths=news/2015/(20.9.2015)).

⁴⁰ Presseservice Rathenow. <https://presseservicern.wordpress.com/2015/03/04/bad-belzig-mpd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg-neonazistische-kleinpartei-will-nach-brandenburg-expandieren/> (20.9.2015).

Unmittelbar danach ist aber wieder Maik Eminger [...] am Mikrophon und erklärt, dass er hier als Einzelperson stehe bzw. keine Partei symbolisiere und für keine Organisation rede. Eine sehr bescheidene Auskunft. Es drängt sich nämlich eher der Eindruck auf, dass er eine führende Figur der militanten Rechten ist und seine Jünger hier versammelt hat.⁴¹



Abb. III. Weg: Transparent: Asylflut stoppen, 21. Februar 2015, Eisenhüttenstadt

Pascal Stolle verkündete am 24. Februar 2015 seinen Wechsel zum IIIW. Er legte in diesem Zusammenhang seinen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung von Bad Belzig nieder, den er für die NPD innehatte.⁴²

Bei einer Demonstration in Wittstock (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) am 28. März 2015 war der IIIW treibende Kraft. Maik Eminger sei hier „der organisatorische Dreh- und Angelpunkt der Veranstaltung“ gewesen. „Er bestimmte den kompletten Verlauf des Aufmarsches, er heizte neben dem Wittstocker

⁴¹ Presseservice Rathenow. www.flickr.com/photos/presseservice_rathenow/sets/72157650562428768/with/15991611713/.

⁴² <https://presseservicern.wordpress.com/2015/03/04/bad-belzig-npd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg-neonazistische-kleinpartei-will-nach-brandenburg-expandieren/>. Vgl. dazu den Beitrag von Susanne Kschenka in diesem Band.

Neonazi-Kader Sandy „Lui“ Ludwig die Stimmung während des Laufens an und hielt Reden auf der Zwischenkundgebung am Wittstocker Markt. Von den fünf Redner*innen auf dem Aufmarsch, von dem Anmelder, der die Auflagen verlesen hat abgesehen, kamen drei Funktionäre der Kleinstpartei zu Wort.“ Darunter Stolle und Fischer.⁴³ Fischer trat damit „das erste Mal in Brandenburg öffentlich in Erscheinung.“⁴⁴

Am 18. April 2014 wurden gleich zwei Kundgebungen in Werder (Landkreis Potsdam-Mittelmark) und in Brandenburg a.d.H. durchgeführt. Maik Eminger verkündete die Gründung des Stützpunkts „Potsdam/Mittelmark“ in Brandenburg. Als weiterer Redner trat Pascal Stolle auf.⁴⁵

Bei einer am 25. April 2015 von „Freien Kräften“ organisierten Demonstration in Frankfurt (Oder) unter dem Motto „Gegen die Überfremdung unseres Volkes“ stammten die beiden einzigen Redebeiträge wiederum von Eminger und Stolle.⁴⁶

Am 1. August 2015 fanden in Zossen (Landkreis Teltow-Fläming) und Damsdorf (Landkreis Potsdam-Mittelmark) zwei Kundgebungen unter dem Motto „Ausländerstopp – für die Zukunft deutscher Familien“ statt.⁴⁷ Das im Februar 2015 in Eisenhüttenstadt verwendete Motto wurde erneut bemüht. „Hauptakteur war einmal mehr Maik Eminger“, Redebeiträge lieferte darüber hinaus u. a. Parteigänger Manuel Schmidt.⁴⁸

Neben der Organisation, Teilnahme und aktiven Ausgestaltung weiterer Kundgebungen und Demonstrationen lässt sich beobachten, dass Anhänger des IIIW versuchen, an Einwohnerversammlungen zum Thema Flüchtlingsunterbringung teilzunehmen. Teilweise gelang ihnen dies in der Vergangenheit (etwa in Schwedt im Juli 2015), teilweise wurden sie als erkennbare Nicht-Einwohner abgewiesen (etwa in der Gemeinde Kloster Lehnin im Juni 2015).⁴⁹

⁴³ Website Inforiot. Alternative Termine und News für Brandenburg. www.inforiot.de/erneut-200-bei-neonaziaufmarsch-in-wittstockdosse/ (20.9.2015).

⁴⁴ Website Gegenrede. Informationsportal gegen Rechtsextremismus, für Demokratie. www.gegenrede.info/index.php?num=3&paths=news/2015/.

⁴⁵ Presseservice Rathenow. presseservicern.wordpress.com/2015/04/18/mittelmark-neonazipartei-der-dritte-weg-grundet-ersten-stutzpunkt-in-brandenburg-parteeveranstaltungen-in-werder-havel-und-brandenburg-an-der-havel-mobilisierungskundgebungen/.

⁴⁶ Website Linksunten. <https://linksunten.indymedia.org/de/node/143923>.

⁴⁷ Vgl. die Selbstdarstellung auf der rechtsextremen Website „Licht und Schatten. Gedanken einer neuen Zeit“. <http://www.lichtschatten.info/index.php?action=text&textid=124&kategorieid=1> (28.1.2016).

⁴⁸ Vgl. Presseservice Rathenow <https://presseservicern.wordpress.com/2015/08/01/zossendamsdorf-proteste-gegen-kundgebungstour-des-iii-weges/>.

⁴⁹ Vgl. Presseservice Rathenow https://m.flickr.com/#/photos/presseservice_rathenow/albums/72157654709642355/.

Auch in Brandenburg: Feindbild-Produktion

Im Oktober 2015 wurde u. a. in Neuruppin ein Flugblatt verteilt: „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft – auch nicht in Ostprignitz/ Ruppin!“

Auf der Vorderseite ist ein Foto sitzender und stehender Personen zu sehen, bei denen es sich wohl um Flüchtlinge handeln soll, am Fuß der Rückseite finden sich die Kontaktdaten des IIIW und die Aufforderung, über die bundesweit gültige „Hauptadresse“ in Kontakt zu treten: „Gemeinsam gegen Überfremdung und Asylbetrug!“ Der Text des Blattes führt frei zugängliche Informationen zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen und zur Anerkennungsquote in den Jahren 2013 bis 2015 auf sowie eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012 zu der materiellen Versorgung von Asylbewerbern. Die zweite Seite enthält nach einer einseitigen und pauschalisierenden Aufzählung angeblicher Nachteile, die mit der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften im räumlichen Umfeld verbunden seien, das Angebot des IIIW, diejenigen zu unterstützen, die sich der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften entgegenstellen. Dazu wird auf die Webadresse verwiesen, über die man die Schrift „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“ abrufen kann.

Die Zuspitzung und Instrumentalisierung von möglichen Problemen, die im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften auftreten können, das vollständige Fehlen von Informationen zur Rechtslage sowie der Aufruf zu „Kampf“ und „Widerstand“ sind deutliche Hinweise darauf, dass es dem IIIW um prinzipiell andere Ziele geht als die Einbindung von Anwohnern in Prozesse der Entscheidung über Unterkunftsstandorte. Bestätigt wird dies im letzten Teil des Textes. Dort wird nicht nur unterstellt, dass „die herrschende Klasse an ihrer Einwanderungs- und Überfremdungspolitik festhält“, sondern auch die „Einführung eines Ausländerrückführungsprogramms, insbesondere für arbeitslose und straffällig gewordene Ausländer“ gefordert. Damit wird zum einen behauptet, dass wir es seit Sommer 2015 nicht mit einer Krise der nationalen und europäischen Flüchtlingspolitik zu tun haben, sondern mit den Folgen einer Politiker-Strategie, die gezielt auf eine Überfremdungspolitik ausgerichtet sei. Dabei handelt es sich um eine altbekannte verschwörungslogische Behauptung, die den Politikern einen Verrat am eigenen Volk vorwirft. Zum Anderen wird das Thema erweitert: Nun ist nicht mehr von Asylbewerbern und anderen Flüchtlingen die Rede, sondern von einem generellen „Rückführungsprogramm“ für „Ausländer“, wobei eine Teilgruppe zusätzlich besonders hervorgehoben wird. Das ist das – letztlich völkisch begründete – Plädoyer für eine Reinhaltung des deutschen Volkes und für die Ausgrenzung und Deportation von „Volksfremden“.

Als einzige Urheber einer „imperialistischen Kriegstreiberei [...], welche vielfach Flüchtlinge hervorruft“ werden lediglich die USA und Israel benannt. Darin wird deutlich, dass es dem IIIW nicht um die Analyse realpolitischer Kräftekonstellationen geht, sondern um die Bekräftigung eines feststehenden Weltbildes. Diese vereinfachende Zuschreibung weltpolitischer Verantwortlichkeit dokumentiert: Hier werden Feindbilder konstruiert, an sachbezogenen Erklärungen oder pragmatischen Handlungsempfehlungen ist man nicht interessiert.

Der IIIW betreibt die Konstruktion und die Verbreitung von Feindbildern. Damit sind Darstellungen von Gruppen, Völkern oder Staaten gemeint, die diese insgesamt und unbedingt abwerten. Ein Element ist die Zuschreibung von standardisierten und stereotypen negativen Eigenschaften. Feindbilder vereinfachen und entdifferenzieren, indem sie ein einheitliches, ein monolithisches Bild des vorgestellten Feindes vorstellen. „Das Denken in Feindbildern will nicht verstehen, sondern klassifizieren.“⁵⁰ Andere als Feind darzustellen, heißt, sie gesellschaftlich auszuschließen. Die soziale Gefahr von Feindbildern besteht darin, dass sie Gewalttätigkeiten erleichtern und legitimieren können.

Personal

In der öffentlichen Selbstdarstellung des IIIW lässt sich eine bestimmte Strategie identifizieren: Einige wenige Personen treten namentlich in Erscheinung, die anderen Mitglieder, Fördermitglieder und Anhänger versuchen, ihre Identität nicht preiszugeben. Ein Interview, das auf der Website des IIIW abrufbar ist, wird mit einer männlichen Person geführt, die lediglich einen Vornamen nennt; auf den veröffentlichten Fotos von parteiinternen Zusammenkünften sind die ohnehin namentlich Bekannten zu sehen, während alle anderen Gesichter technisch unkenntlich gemacht wurden; auf einem Foto anlässlich eines geselligen Zusammentreffens in Oberprex (Regnitzlosau, Landkreis Hof) posieren drei Funktionäre mit dem Gesicht zur Kamera, während alle anderen Teilnehmenden den Rücken zeigen.⁵¹ Matthias Fischer, Tony Gentsch

⁵⁰ Vgl. Reichardt, Sven: Feindbild und Fremdheit. Bemerkungen zu ihrer Wirkung, Bedeutung und Handlungsmacht, in: Ziemann, Benjamin (Hg.): Perspektiven der Historischen Friedensforschung, Essen 2002, S. 250-271, bes. 250f. und 270f.

⁵¹ Website IIIW. www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4549/anzeigemonat/07/anzeigejahr/2014/infotext/Sonniges_Fest_in_Oberprex/akat/1/such_0/Kreisverband/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html.

und Rico Döhler sind – neben Robin Liebers, Rene Teufer und Klaus Armstroff – als Mitglieder des Bundesvorstandes oder durch öffentliche Auftritte bekannt. Erklärtermaßen versucht der IIIW, eine kleine Gemeinschaft von überzeugten Anhängern einer völkischen Weltanschauung aufzubauen, die als verlässliche Basis für seine radikale Politik dient. In diese Richtung weisen die Einbindung von Kindern und Ehepartnern sowie die Programmatik gelebter Gemeinschaftlichkeit und Brauchtumpflege. Zum Umfang der mit dem IIIW verbundenen alltagsweltlichen Milieus liegen keine Zahlen vor. In das Konzept einer völkisch-weltanschaulich gefestigten und lebensweltlich verbundenen Kampfgemeinschaft passt sich eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen gut ein. In der ersten, der „gefährlichen“ Reihe stehen nur Männer; sie repräsentieren die Partei nach außen, sie treten gegenüber Behörden auf und sie sprechen bei öffentlichen Anlässen. Wer gehört in Brandenburg zu diesen Männern?

Matthias Fischer (* 1977 in Templin), ist im Sommer 2014 von Franken in die Uckermark gezogen.⁵² Bereits Anfang der 2000er Jahre zählte Fischer zu den richtungsweisenden Aktivisten in der Nazigruppe „Nationalisten Nürnberg“. Er war der presserechtlich Verantwortliche für das Szeneorgan „Landser“. Fischer gehört seit langem schon verschiedenen rechtsextremen Organisationen und Vereinigungen an.⁵³ Er war Führungsfigur der „Anti-Antifa Nürnberg“, Mitbegründer der „Fränkischen Aktionsfront“ (F.A.F.), die 2004 vom bayrischen Innenminister verboten wurde. Zwischen 2004 und 2008 war Fischer Mitglied der NPD und Mitglied im Landesvorstand. Er kandidierte bei der Bundestagswahl 2005 für den Wahlkreis Fürth und erreichte 2,4 Prozent. Bei der Landtagswahl in Bayern 2008 trat er auf Listenplatz 2 für die NPD an. Ebenfalls 2008 versuchte er vergebens, in den Stadtrat von Fürth gewählt zu werden. Die „Deutsche Stimme“ berichtete im März 2006, Fischer habe in dieser Eigenschaft am 11. Februar 2006 in Budapest an einer Veranstaltung zum Gedenken der Verteidiger der Stadt im Zweiten Weltkrieg teilgenommen.⁵⁴ Am 15. März 2007 zeigte das ARD-Fernsehmagazin Panorama geheime Aufnahmen von einem Treffen zur Ehrung gefallener SS-Angehöriger in Budapest. An dem Treffen nahm unter anderem der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt teil. Bei der dazugehörigen Musikveranstaltung kam es zu antisemitischen und rassistischen Ausfällen. Die Mitglieder des Kaders

⁵² Vgl. Hartl, „Der III. Weg“, S. 19 (Fußnote 1).

⁵³ Vgl. zum Folgenden: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/12/die-bayerische-neonaziszene-verliert-einen-fuehrenden-kopf_16687 (2.1.2016).

⁵⁴ Leonidas-Taten der Moderne. Heldengedenken in Budapest, in: Deutsche Stimme 31 (2006), Nr. 3, S. 13.

der NPD, Norman Bordin und Matthias Fischer, waren auf den Aufnahmen mit „Heil-Hitler“-Rufen zu sehen. Fischer war maßgeblich an den Aufmärschen im oberfränkischen Gräfenberg beteiligt.⁵⁵ Dort versuchten Neonazis jahrelang ein revisionistisches „Heldengedenken“ am lokalen Kriegerdenkmal abzuhalten. Letztlich scheiterten sie am kontinuierlichen Engagement der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte. Fischer gehörte zu den Führungspersonen des am 23. Juli 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“ (FNS) in Bayern.⁵⁶ Er wurde u. a. wegen Körperverletzung und Volksverhetzung zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt.⁵⁷

Neben Fischer tritt in Brandenburg Pascal Stolle (* 1977) für den IIIW in Erscheinung. Stolle war im Umfeld von Neonazi-Gruppen wie der „Division Belzig“ und der „Kameradschaft Hoher Fläming“ aktiv. Zudem war er Anführer der mittlerweile inaktiven Kameradschaft „Preußischen Aktionsfront“ aus Bad Belzig.⁵⁸ Ebenso wie Fischer ist Stolle wegen Gewaltkriminalität verurteilt. „Vor seiner politischen Karriere im vergangenen Jahrzehnt war Stolle übrigens für mehrere Jahre in einer Justizvollzugsanstalt inhaftiert, weil er 1997 mit weiteren Gesinnungsgenossen Mitglieder einer Punk Band in Pritzwalk (Landkreis Prignitz) überfallen und brutal misshandelt hatte.“⁵⁹ Stolle war einer der führenden regionalen Köpfe der „Fläming Front Belzig“ und bis Ende Februar 2015 NPD-Stadtverordneter.⁶⁰ Im Sommer 2015 wurde er vom Amtsgericht in Brandenburg a. d. H. wegen des öffentlichen Zeigens von Zeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu einer Geldstrafe verurteilt.

Schließlich ist Maik Eminger (* 1979 in Johanngeorgenstadt) ein weiterer Repräsentant.⁶¹ Gemeinsam mit seinem Zwillingenbruder baute er um die Jahrtausendwende die „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“ auf. Sie gaben das Szenemagazin *The Aryan Law & Order* heraus, in dem sie über rasse-

⁵⁵ Vgl. Jusos in der SPD/ Endstation Rechts (Hg.): Verfassungsfeinde im Parlament. Die NPD im Landtag von M-V. (2. Aufl.), Schwerin 2012, S. 48.

⁵⁶ Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, S. 90 (Fußnote 33).

⁵⁷ Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. (Hg.): Braune Soß aus Franken. Strukturen der Neonazis und extrem Rechten in Mittel- und Oberfranken und der Widerstand dagegen, Fürth/ Berlin 2011, S.29; Hartl, Johannes: „Heldengedenken“ mit Nachspiel, in: Blick nach Rechts, 2.12.2015.

⁵⁸ Website Aktionsbündnis Brandenburg. www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/vom-knastbruder-zum-kommunalen-ruder-pascal-stolle, 16.5.2014.

⁵⁹ Presseservice Rathenow <https://presseservicern.wordpress.com/2015/03/04/bad-belzig-mpd-stadtrat-wechselt-zum-dritten-weg-neonazistische-kleinpartei-will-nach-brandenburg-expandieren/> (29.1.2016).

⁶⁰ Verfassungsschutz-Bericht Brandenburg 2014, S. 85 (Fußnote 33).

⁶¹ Vgl. Hartl, „Der III. Weg“, S. 19 (Fußnote 1); Die Zeit Nr. 16, 17.4.2013, www.zeit.de/2013/16/nsu-helfer-eminger-zwillinge.

nideologische Themen schrieben, Skin-Bands interviewten und Bücher besprachen. Dazu gehörte der in Deutschland inzwischen verbotene Roman *Die Turner-Tagebücher*, in dem der amerikanische Nationalsozialist William Pierce empfiehlt, Konflikte zu ethnisieren und durch gezielte Verbrechen kleiner Gruppen anzuheizen. 2002 löste sich die „Bruderschaft“ auf, Eminger ging nach Niedersachsen und bewegte sich im Umfeld von „Blood & Honour“ sowie der „Artgemeinschaft Germanische Glaubensgemeinschaft weensgemäßer Lebensgestaltung“ des rechtsextremen Anwalts Jürgen Rieger (1946-2009). 2005 zog er mit seiner Familie nach Brandenburg. Seit 2008 lebt er im Landkreis Potsdam-Mittelmark. 2008 war er Stützpunktleiter der „Jungen Nationaldemokraten“ der Jugendorganisation der NPD. Das Amtsgericht Brandenburg a. d. H. verurteilte Eminger am 10. September 2015 wegen Volksverhetzung, da er „während einer NPD Kundgebung am 23. Februar 2014 in Bad Belzig (Landkreis Potsdam-Mittelmark) einen Redebeitrag mit strafbewehrten Inhalten gehalten“ hatte. Das Gericht sah den Straftatbestand der Volksverhetzung als erwiesen an. Das Urteil: eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt zu zwei Jahren auf Bewährung sowie eine Geldbuße.⁶²

Die drei Vertreter des IIIW in Brandenburg schauen auf langjährige Aktivitäten in rechtsextremen Organisationen und Bewegungen zurück. Dort haben in wechselnden Konstellationen Erfahrungen im Umgang mit staatlicher Verfolgung und zivilgesellschaftlichen Gegenkräften gesammelt. Ihre bisherige politische Laufbahn lässt es sehr unwahrscheinlich erscheinen, dass sie außerhalb rechtsextremer Szenen eine berufliche Zukunft finden, ohne ihre bisherige weltanschaulich-politische Orientierung aufzugeben. Das vom IIIW propagierte Modell einer Verbindung von Weltanschauung, Politik und Familiennetzwerken erscheint vor diesem Hintergrund für die Generation der rund 40-jährigen Aktivisten eine Option zu sein, ein lebensweltlich verlässliches Binnenmilieu zu schaffen.⁶³ Das könnte bedeuten, dass über längere Zeiträume mit Aktivitäten aus den mit der Kleinstpartei assoziierten sozialen Netzwerken zu rechnen sein wird. Repräsentanten des IIIW in einem mittleren Lebensalter können für Jüngere die Rolle des Vorbilds und der Orientierungsgröße einnehmen. Ihre vielfältigen Aktivitäten, Verurteilungen und Hafterfahrungen gelten als Beleg für die „Treue zur Sache“ und als Ausweis

⁶² Presseservice Rathenow <https://presseservicern.wordpress.com/2015/09/10/brandenburg-an-der-havel-parteifunktionaer-des-dritten-weges-wegen-volksverhetzung-verurteilt/>.

⁶³ Vgl. Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Andreas Klärner/ Michael Kohlstruck (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 142-176.

persönlicher Authentizität. Die Gefahr des IIIW könnte in Zukunft darin bestehen, für „freie Radikale“ auf der Suche nach einer weltanschaulichen und politischen Heimat attraktiv zu sein.

Fazit

Die rechtsextreme Kleinpartei der IIIW basiert auf einer radikal völkischen Ideologie. Mit ihrer Formensprache erhebt sie den Anspruch auf nationale Größe und geschichtlichen Rang. Außenpolitisch orientiert sie sich an territorialen Gegebenheiten des späten 19. Jahrhunderts. Ihre gesellschafts- und staatspolitischen Ziele folgen agrarromantischen Autarkievorstellungen eines nationalistisch konzipierten Nationalstaats. Die Gruppierung will internationale Verflechtungen reduzieren und zielt auf eine ethnisch homogene Bevölkerung.

In Aufrufen, Flugblättern und Reden stellt sie Asylbewerber und andere Flüchtlinge als Gefahr für die Gesellschaft dar. Ihr Interesse gilt nicht pragmatischen Lösungen der gegenwärtigen Krise der Flüchtlingspolitik und nicht einer einvernehmlichen Integration von Migrant*innen. Der IIIW konstruiert Feindbilder und ruft zur Feindschaft gegen Zuwanderer auf. Seine Propaganda vergiftet das soziale Klima und bereitet damit den Boden für offene Gewalttaten.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© Februar 2016, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31/7 406246, 01 73 / 6489581

Fax: 03 31/7 406247

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Kerstin Palloks, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-052262-8

Inhalt

Vorwort	7
 <i>Markus Klein</i>	
Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen	9
 <i>Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz:</i>	
In Brüssel summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“ Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung und zur Bearbeitung von „weißen Flecken“	55
 <i>Gabriele Schlamann</i>	
Demokratieimpulse im ländlichen Raum	73
 <i>David Driese</i>	
Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen	89
 <i>Andrea Nienhuisen</i>	
Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen	103
 <i>Nicola Scuteri</i>	
Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs	139
 <i>Susanne Kschenka</i>	
Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg	155
 <i>Dirk Wilking</i>	
Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus	171

Michael Kohlstruck/ Alexander Lingk

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei:

Der „III. Weg“ in Brandenburg 199

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber 223

Adressen des MBT 224